

Gemeinde Mainhausen, Mittwoch, 28. Juli 2010

Nach Bränden im neuen E.ON-Kohlelager:

BI erstattet Strafanzeige

Nach der Selbstentzündung der Kohle im weltgrößten Kohlelager am E.ON-Standort Staudinger und dem damit verbundenen Entweichen bisher unbekannter Gase auf die Bevölkerung in Großauheim erstattete die Bürgerinitiative *Stopp Staudinger* Strafanzeige bei der Hanauer Staatsanwaltschaft. Diese richtet sich gegen den Darmstädter Regierungspräsidenten Johannes Baron, den Betreiber Eon und gegen den Katastrophenschutz des Main-Kinzig-Kreises. Die Umweltaktivisten sahen sich zu diesem Schritt gezwungen, da es der RP als Chef der Genehmigungsbehörde nach den Vorkommnissen der letzten Wochen unterlassen hatte, ein sofortiges Betriebsverbot des Kohlelagers nach den Bränden auszusprechen. Für die BI steht diese Anlage nicht im Einklang mit den Gesetzen der hessischen Brandordnung.

Eine effiziente messtechnische Überwachung findet nach Auffassung von *Stopp Staudinger* nicht statt. Das Sicherheitsmanagement des Betreibers zeige gravierende Mängel. Offensichtlich habe die unzureichende Wärmeabfuhr zusammen mit der über 20 Meter hohen Kohleschüttung zu den schon lange wissenschaftlich bekannten Selbstentzündungen geführt. Diese Vorgänge wurden von dem Betreiber bagatellisiert, was seine Unzuverlässigkeit dokumentiert. Darüber hinaus müsse bei Störfällen, wie sie sich in den vergangenen Wochen mehrfach ereignet haben, die Bevölkerung rechtzeitig alarmiert und geschützt werden.

Versäumnisse liegen auch beim Katastrophenschutz und der Feuerwehr vor, die unprofessionell auf diese Vorfälle reagiert haben. „Seit über drei Jahren warnen wir vor potentiellen Brandgefahren durch Selbstentzündung und haben dies detailliert bei dem laufenden Genehmigungsverfahren schriftlich dargelegt“, erinnert Schwab-Posselt. Bei einem sich ausbreitenden Großbrand mit verbundenen Staubexplosionen würde sich dieses Kohlelager nach Auffassung des BI-Sprechers in ein unkalkulierbares Inferno verwandeln mit verheerenden Folgen für die Anwohner. Damit es nicht zu diesem Supergau kommt, muss ein sofortiger Betriebsstopp von Seiten des Regierungspräsidenten ausgesprochen werden, umfassende, unabhängige Fachgutachten erstellt und ein darauf basierendes Sicherheitskonzept mit entsprechenden Auflagen erarbeitet werden.

Heftig zu Gericht geht die Bürgerinitiative mit der ungenügenden Informationspolitik von E.ON. Wieder einmal würden Vorfälle klein geredet und Versuche unternommen, diese unter den Tisch zu kehren. „Hier wird nach dem bekannten Motto *Bedauern und Mauern* gehandelt. Wer wie die Werksleitung angesichts der Glutnester lediglich von schwitzender Kohle spreche, die in diesen extrem heißen Sommertagen ausdünste, der hat kein wirkliches Interesse an Aufklärung und effektiver Gefahrenabwehr“, kritisiert Schwab-Posselt.